

CFU

CHRISTLICH FREISINNIGE UNION

Freiheit • Familie • Sicherheit

Der Zusammenschluss zur CFU

Im Jahr 2024 waren die Freisinnigen und die CPÖ (Christliche Partei Österreichs) tragende Säulen des Öxit-Bündnisses, das trotz erheblicher Hürden fast die Schwelle der erforderlichen 2.600 Unterstützungserklärungen erreichte. Aus dieser Zusammenarbeit sind Freundschaften entstanden und ein politischer Dialog hat begonnen. Dabei zeigte sich, dass wir einander gut verstehen und inhaltlich ergänzen.

Daraus ist bei Rudolf Gehring (CPÖ) und Christian Ebner (Freisinnige) die Idee eines Zusammenschlusses entstanden, um für künftige Wahlen mit einer breiteren Basis gerüstet zu sein.

Rasch wurde eine Einigung auf ein gemeinsames Parteiprogramm erzielt. Auf

dieser Grundlage haben die Gremien der beiden Parteien den Zusammenschluss zur **Christlich Freisinnigen Union (CFU)** beschlossen, der am 10. Jänner 2026 vollzogen wurde.

Die CFU will Politik auf der Grundlage christlicher und freisinniger Werte gestalten.

GEHRING & EBNER

Der Staat muss die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger gewährleisten und soll sie mit möglichst wenigen Vorschriften belasten. Wirtschaftspolitisch bekennt sich die CFU zur freien Marktwirtschaft, sozialpolitisch zur christlichen Soziallehre.

Die **Familie** ist die wichtigste soziale Gemeinschaft und soll in allen Bereichen gestärkt werden. Denn ohne starke Familien gibt es kein starkes Land.

Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe. Der Staat hat die Grenzen zu sichern, für Recht und Ordnung zu sorgen und den Bürgern in Notsituationen zu helfen, die sie nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

Wir treten für Österreichs nationale Selbstbestimmung und Souveränität unter Beachtung der immerwährenden Neutralität ein. Auch aus diesen Gründen befürworten wir die Durchführung einer Volksabstimmung über einen **Öxit**, den EU-Austritt Österreichs.



Gründungs-Pressekonferenz im Café Museum, Wien: **Rudolf Gehring** (links) und **Christian Ebner** stellen die CFU vor.

IN DIESER AUSGABE

SEITE 02 · WIRTSCHAFT
Mehr privat, weniger Staat

SEITE 03 · MEDIEN
Das Volk soll über den ORF entscheiden

SEITE 04 · FAMILIE
Familie & Lebensschutz

SEITE 05 · BILDUNG
Den Lehrberufen eine Zukunft geben

SEITE 06 · AUSSENPOLITIK
Die Neutralität sorgt für Sicherheit

SEITE 07 · EUROPA
Die EU, ein gescheitertes Experiment

SEITE 08 · STRATEGIE
Was wir planen

SEITE 08 · UNTERSTÜTZUNG
Werden Sie Mitglied

Mehr privat, weniger Staat.

Österreich trägt die höchste Steuerlast seiner Geschichte und kommt trotzdem nicht aus den roten Zahlen. Warum es einen sparsamen Staat, niedrige Steuern und mehr Freiheit braucht.



CHRISTIAN EBNER
PARTEIOBMANN DER
CFU

MAG. CHRISTIAN EBNER

Die Lage ist ernst. Österreich trägt die höchste Steuerlast seiner Geschichte, doch das Budgetdefizit ist weiter außer Kontrolle. Das reale BIP pro Kopf lag 2025 um 1,1 % niedriger als 2019. Überwuchernde Vorschriften machen alles teurer und komplizierter, sie lähmen Innovation und ruinieren die Wirtschaft. Dafür verantwortlich sind die unfähigen Regierungen der letzten Jahrzehnte und die politisch völlig falsch abgegebene EU. Wir von der Christlich Freisinnigen Union (CFU) wollen Österreich wieder eine Zukunft geben. Wir wollen, dass Österreich so frei und so wohlhabend wie die Schweiz wird.

Im Verhältnis zwischen Staat und Bürger muss ein grundlegender Wandel stattfinden. Der Staat hat dem Bürger zu dienen, nicht ihn zu bevormunden. Die Familie, nicht der Staat, ist die wichtigste soziale Gemeinschaft. Die Regulationsdichte und Bürokratie müssen radikal minimiert werden.

Der Staat soll nicht mehr regeln als unbedingt nötig.

CHRISTIAN EBNER

Zwangsmitgliedschaften in Kammern gehören abgeschafft, die Gewerbeordnung massiv entrümpelt und die **ORF-Steuer** muss abgeschafft werden.

Das **Privateigentum** ist eine zentrale Säule des Wohlstands und muss besonders geschützt werden. **Bargeld bleibt unverzichtbar** gegen Überwachung und Enteignung. Wir lehnen digitales Zentralbankgeld ab. EU-Vorschriften wie die

Gebäuderichtlinie oder das Verbrennerverbot greifen das Eigentum an und müssen weg. Spekulationsfristen bei Wertpapieren und Immobilien schützen langfristige Investitionen vor Inflationsbesteuerung. Die Privatsphäre verdient maximalen Schutz: Wiedereinführung des Bankgeheimnisses, kein Vermögensregister, keine automatische Auto-Daten-Übermittlung, keine digitale EU-Identität. Der gläserne Bürger hat keinen Platz in einem freien Land – der Staat hingegen muss transparent sein.

Ein sparsamer Staat mit niedrigen Steuern ist der Schlüssel. Wir fordern eine **Flat Tax von 20 %** für Privatpersonen und Unternehmen nach estnischem Vorbild, kombiniert mit Steuerwettbewerb wie in der Schweiz. Bundesländer und Gemeinden erhalten Anteile an den Steuern ihres Gebiets und können niedrigere Steuersätze festlegen. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch massive Ausgabenkürzungen: Subventionsabbau, Bekämpfung von Sozialmissbrauch, Abschaffung paralleler Sozialleistungen, Pensions- und Gesundheitsreform, Föderalismusreform und mehr.

Die zu hohen Staatsausgaben, zu hohen Steuern und der Vorschriften-Dschungel, die auf die autochthonen österreichischen Gesetzgeber zurückzuführen sind, müssen in vielen Arbeitsschritten mittels präzisen Einsatzes der legislativen Motorsäge zurechtgestutzt werden. Das EU-Recht könnten wir hingegen mit einem großen Schritt loswerden: dem **Öxit**.

Österreich kann wieder frei, wohlhabend und souverän werden. *Mehr privat, weniger Staat – für eine starke Zukunft unserer Heimat.*

Der ORF: Das Volk soll entscheiden.

Eine eigene Zwangssteuer, ein politisch besetzter Stiftungsrat. Höchste Zeit, dass die Bürger selbst über die Zukunft des ORF abstimmen.

DR. RUDOLF GEHRING



RUDOLF GEHRING
REFERENT F.
POLITISCHE BILDUNG

Vor jeder Bestellung eines neuen ORF-Generaldirektors stellen sich die Bürger eine Reihe von Fragen: Soll die Haushaltsabgabe bestehen bleiben? Werden Gehälter und Strukturen an wirtschaftliche Realitäten angepasst? Wie kann parteipolitischer Einfluss künftig verhindert werden? Und wer übernimmt Verantwortung für finanzielle Fehlentwicklungen?

Die schlechte Nachricht ist: Auch diesmal wird sich wohl wieder nichts ändern. Der ORF ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts, die von einem Stiftungsrat kontrolliert wird. Dessen Mitglieder werden größtenteils von den Parlamentsparteien bestellt. Demgemäß werden Personen zum Generaldirektor bestellt, die die Interessen der jeweiligen politischen Mehrheit vertreten.

Für grundlegende Veränderungen bräuchte es eine grundlegende Reform. Die derzeitige Struktur des ORF ist ein Relikt aus den dunklen Zeiten des ORF-Monopols. Glücklicherweise hat sich Österreich seitdem verändert. Man muss nicht mehr um 19:30 Uhr die „ZiB“ einschalten, um informiert zu sein. Es gibt zahlreiche Informationsquellen, wie Online-Zeitungen, diverse soziale Medien und private TV- und Radio-Kanäle. Der ORF kann nichts, was private Medien nicht auch können, obwohl er das Privileg hat, eine eigene Steuer einzuhoben, die ihm einen gewaltigen wirtschaftlichen Vorteil verschafft. Die sogenannte **Haushaltsabgabe** müssen sogar Personen bezahlen, die den ORF nicht nutzen. Sogar Unternehmen müssen die ORF-Steuer bezahlen, wobei die Höhe der Steuer für Unternehmen von

der Lohnsumme abhängig ist, sowie etliche andere Steuern auch.

Für uns von der CFU ist klar: **Die ORF-Steuer muss weg.** Der ORF sollte stattdessen durch Werbeeinnahmen oder durch Nutzungsentgelte finanziert werden. Private Anbieter wie Netflix, Sky oder andere Streamingdienste zeigen seit Jahren, dass eine Finanzierung über freiwillige Abonnements erfolgreich ist. Wer das Angebot nutzen möchte, bezahlt dafür, wer es nicht nutzt, wird nicht zur Finanzierung verpflichtet.

Die ORF-Steuer muss weg.

RUDOLF GEHRING

Für den ORF sollten exakt dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen gelten wie für private TV- und Radiounternehmen. Der ORF sollte in eine **Aktiengesellschaft** umgewandelt werden und anschließend nach dem Vorbild der Voest-Alpine schrittweise über die Börse privatisiert werden.

Uns ist bewusst, dass dies eine grundlegende Veränderung wäre. Als Partei, die eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild einfordert, sind wir der Ansicht, dass eine solche Entscheidung nicht gegen den Willen der Bürger getroffen werden sollte. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die Bürger im Rahmen einer **Volksabstimmung** darüber entscheiden sollten, ob die ORF-Steuer abgeschafft werden sollte und der ORF in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll.

Familien und Kinder sind das Wertvollste.

Die Familie ist die kleinste und zugleich wichtigste Gemeinschaft. Warum eine kinderfreundliche Politik und der Schutz des Lebens über die Zukunft des Landes entscheiden.

MARIANNE STEPPELER



MARIANNE
STEPPELER
ORGANISATIONS-
REFERENTIN

Die Familie ist auf Grundlage christlicher und sozialer Werte die kleinste, aber auch die wichtigste menschliche Gemeinschaft. Sie basiert auf Liebe und darauf, dass man Verantwortung füreinander übernimmt. Erst durch das Bestehen von Familien ist die Zukunft unseres Landes gesichert. Deshalb hat die Politik die Aufgabe, unsere Familien zu fördern. Eine Gesellschaft, die ihre Familien achtet und fördert, ist glücklicher, zufriedener und stabiler.

Die Familie ist die wichtigste menschliche Gemeinschaft.

MARIANNE STEPPELER

Geht es den Familien gut, geht es der Gesellschaft gut. Da Österreich unter einem Kindermangel leidet, ist es wichtig,

unser Land kinder- und elternfreundlicher zu machen.

Wir fordern

- Eltern sollen wesentlich niedrigere Steuern bezahlen als Kinderlose mit gleich hohem Bruttoeinkommen.
- Einen Kinderfreibetrag pro Kind in Höhe einer fiktiven Unterhaltszahlung sowie einen Eheabsetzbetrag.
- Familienarbeit soll genauso viel wert sein wie Erwerbsarbeit – mit automatischem Pensionsbeitragsplitting unter Ehegatten.

Familienprogramm:

christlich-freisinnige-union.at/anliegen

LEBENSSCHUTZ & KINDERSCHUTZ

Das Menschenrecht auf Leben steht über allen Grund- und Freiheitsrechten. Ein „Menschenrecht“ auf die Tötung ungeborener Kinder erkennen wir nicht an, anders als das EU-Parlament, das es in die EU-Grundrechtecharta aufnehmen möchte. Wir sagen **JA zum Leben**, denn jeder Mensch hat ein Recht darauf.

Die Forderungen nach Abtreibung auf Krankenschein, deren Streichung aus dem Strafgesetzbuch sowie örtliche Demonstrationsverbote für Lebensschützer lehnen wir ab. Stattdessen wäre mehr Unterstützung für Frauen in Konfliktschwangerschaften erforderlich.

Eine Schwangerenberatung durch eine neutrale Stelle statt nur durch den abtreibenden Arzt und ausreichende Bedenkzeiten sollten gesetzlich verankert werden. Ebenso sollten

eine anonyme Motivforschung und eine entsprechende Abtreibungsstatistik eingeführt werden. Eine solche Statistik wäre eine sachliche Grundlage, um Konzepte für eine bessere Unterstützung der Frauen zu entwickeln. Eine Finanzierung von Abtreibungstourismus durch die EU lehnen wir ab.

Insbesondere Kinder haben ein Recht auf umfassenden Schutz. Der Staat hat politisch neutral aufzutreten, an den Schulen wie im öffentlichen Raum, ohne die Förderung von Ideologien wie jener der Trans-Ideologie. Analog zum Sterilisationsverbot sollen geschlechtsverstümmelnde Eingriffe erst ab dem 25. Lebensjahr und nach ärztlicher Aufklärung zulässig sein. Das Recht auf Leben besteht vom Anfang bis zum natürlichen Ende; deshalb lehnen wir auch die Sterbehilfe ab.

19.9.

Veranstaltung in Wien. Am 19.9. findet eine Veranstaltung zum CFU-Parteiprogramm und zu den Themen Kindesabtreibung, Organentnahme und Impfpflicht statt. Infos: kontakt-cfu@cfu.or.at · 0664 2436809

Mehr zu Lebensschutz & Kinderschutz: christlich-freisinnige-union.at/anliegen

Den Lehrberufen eine Zukunft geben.

Die duale Ausbildung war ein Welterfolg und wurde Stück für Stück geschwächt. Wie wir sie modernisieren und Österreichs Fachkräfte sichern.

ING. MARTIN AICHINGER-MURNBERGER



MARTIN AICHINGER-MURNBERGER
SCHLOSSERMEISTER

Die Zukunft der Lehrberufe hängt von der Qualität der dualen Ausbildung ab. Jahrzehntlang war sie ein international anerkanntes Erfolgsmodell: Theorie und Praxis ergänzten einander, Lehrlinge wurden zu verantwortungsvollen Fachkräften mit starkem Praxisbezug. Industrie und Handwerk profitierten von gut ausgebildetem Nachwuchs und hoher Wettbewerbsfähigkeit.

In den letzten Jahren wurde dieses Modell jedoch schrittweise geschwächt. Ausbildungsinhalte wurden zunehmend in außerbetriebliche Strukturen verlagert, die oft weniger Praxisbezug aufweisen. Ein Beispiel ist die Schweißtechnische Zentralanstalt, deren Aufgaben teilweise durch außerbetriebliche Intensivkurse ersetzt wurden. Diese können für bestimmte Zielgruppen sinnvoll sein, sind aber kein gleichwertiger Ersatz für die betriebliche Lehre: Sie sind kostenintensiv und vermitteln reale Berufserfahrung nur eingeschränkt.

Wird die Ausbildung aus den Betrieben herausgelöst, dann geht ihre größte Stärke verloren: das Lernen im echten Arbeits- und Produktionsprozess. Lehrlinge erwerben Wissen, sammeln aber oft zu wenig Handlungssicherheit und praktische Erfahrung. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der effizienten Verwendung öffentlicher Mittel, wenn parallele Systeme aufgebaut werden, während viele Lehrbetriebe unter Bürokratie und steigenden Kosten leiden. Gerade im Zuge von Energiewende, Digitalisierung und Infrastrukturausbau braucht Österreich jedoch hervorragend ausgebildete Fachkräfte, insbesondere im Metall- und Handwerksbereich.

Wird die Ausbildung aus den Betrieben herausgelöst, geht ihre größte Stärke verloren.

MARTIN AICHINGER-MURNBERGER

Die Lösung liegt nicht in neuen Ersatzmodellen, sondern in der Modernisierung des dualen Systems. **Erstens** müssen Berufsschulen aufgewertet werden – durch zeitgemäße Ausstattung, Leistungsdifferenzierung und bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Ein dreistufiges Leistungsgruppensystem mit Aufstiegsmöglichkeiten sowie Buddy-Modelle, in denen stärkere Lehrlinge schwächere unterstützen, können Motivation und Qualität steigern.

Zweitens sollte die Berufsmatura flächendeckend in die Berufsschulen integriert werden, damit Lehre und höhere Bildung einander ergänzen. **Drittens** braucht es Kompetenzzentren, insbesondere in der Metalltechnik, die Spezialisierungen, Zertifizierungen und die Erprobung neuer Technologien in enger Zusammenarbeit mit Betrieben ermöglichen. So werden Berufsschulen zu Motoren von Ausbildung und Innovation. **Viertens** müssen ausbildende Betriebe gezielt entlastet und unterstützt werden – durch weniger Bürokratie, verlässliche Förderungen und Planungssicherheit.

Lehrberufe sind keine zweite Wahl, sondern ein eigenständiger Karriereweg mit hohem Wert für Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Politik, Schulen und Betriebe gemeinsam handeln, kann die duale Ausbildung wieder zu einem starken Fundament für Österreichs Fachkräfte werden.

Die Neutralität sorgt für Sicherheit.

Seit 1955 ist die immerwährende Neutralität Österreichs bestes Sicherheitskonzept. Warum wir sie nicht aufgeben, sondern stärken müssen.

DR. RUDOLF GEHRING

Seit 1815 praktiziert die Schweiz das Konzept der wohlbewaffneten Neutralität. Dieses hat sich nicht nur in guten Zeiten bewährt. Sowohl der Erste als auch der Zweite Weltkrieg erfassten alle (!) Nachbarstaaten der Schweiz. Trotzdem konnte die Schweiz, dank einer sehr konsequenten Neutralitätspolitik, vermeiden, in diese Kriege hineingezogen zu werden.

Deshalb entschied sich Österreich im Jahr 1955 dazu, die immerwährende Neutralität nach Schweizer Vorbild in der Verfassung zu verankern. Dieser völkerrechtliche Status sieht die Nichtbeteiligung an Kriegen, dauernde Unparteilichkeit gegenüber kriegführenden Staaten und den Verzicht auf militärische Bündnisse vor.

Beim EU-Beitritt hat die österreichische Regierung der Bevölkerung versichert, dass die Neutralität durch den Beitritt nicht gefährdet werden würde. In den EU-Verträgen zum Zeitpunkt des Beitritts gab es diesbezüglich keinen Widerspruch. Mit dem **Lissabon-Vertrag (2009)** wurde die EU jedoch zu einem Militärbündnis ausgebaut, wodurch ein Widerspruch entstand: EU-Mitgliedschaft und Neutralität passten nicht mehr zusammen. Die damalige österreichische Regierung ignorierte diesen Widerspruch und winkte den Lissabon-Vertrag ohne Volksabstimmung durch. Im ebenfalls neutralen Irland gab es hingegen zwei Volksabstimmungen. Nach einer ersten Ablehnung wurde der Vertrag nach Ergänzung der sogenannten **irischen Klausel** angenommen. Diese besagt im Wesentlichen, dass Mitgliedstaaten, die die Neutralität in der Verfassung ver-

ankert haben, sich auf diese berufen und sich somit aus Kriegen heraushalten können.

Leider hat Österreich derzeit eine Regierung, die kein Interesse mehr an der Neutralität hat. Außenministerin Meisl-Reisinger tritt offen für den Umbau der EU zu einem Europäischen Reich ein, in dem Österreich nur noch ein Bundesland wäre. Folglich hätte Österreich keine eigene Verfassung mehr und wäre somit auch nicht mehr neutral. Sie nutzt jede Gelegenheit, um sich von der Neutralität zu distanzieren. So behauptete sie sogar, dass es innerhalb der EU keine Neutralität, sondern nur Solidarität gebe.

Leider schwenkt die ÖVP immer mehr auf die Linie der NEOS-Neutralitätsleugner ein. So behauptete Bundeskanzler Stocker kürzlich, die Neutralität sei „kein Verteidigungskonzept“.

Für mich bleibt die Neutralität das beste Sicherheitskonzept. Sie sollte nicht aufgegeben, sondern gestärkt werden.

RUDOLF GEHRING

Es wäre sinnvoll, die in Artikel 9a Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes festgelegte umfassende Landesverteidigung um die Verpflichtung zur **aktiven Friedenspolitik** zu erweitern. Österreich sollte sich weltweit als Friedensstifter einsetzen. Kriege gehören ins Museum.

Bitte unterstützen Sie unser Volksbegehren „**Friedenspolitik statt Krieg!**“ in jedem Gemeindeamt oder online unter p-on.voting.or.at



Die EU, ein gescheitertes Experiment.

1994 wurde den Österreichern eine Wirtschaftsgemeinschaft versprochen. Geworden ist es ein zentralistischer Apparat. Zeit für eine Volksabstimmung über den Öxit.

MAG. CHRISTIAN EBNER

Vor der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1994 war die EU primär eine wirtschaftliche Gemeinschaft. Den Bürgern wurde versprochen, dass dies auch so bleiben würde. Insbesondere wurde versprochen, dass die Neutralität Österreichs unangetastet bleibe, die nationale Selbstbestimmung gewahrt werde und nichts gegen österreichische Interessen beschlossen werden könne. Es werde keine Überfremdung geben, der Schilling und das Bankgeheimnis blieben erhalten und Österreich müsse nicht für die Schulden anderer Länder haften.

Heute, mehr als 30 Jahre später, zeigt sich ein ernüchterndes Bild. Die Nachteile der Mitgliedschaft überwiegen die Vorteile bei Weitem. Die EU funktioniert von oben nach unten. Die Bürger haben nichts zu sagen, die Bürokraten bestimmen. Die nationale Selbstbestimmung wird systematisch ausgehöhlt. Für die Bürger bedeutet das massive Freiheitseinschränkungen – vom **Verbrennerverbot ab 2035** bis hin zu ruinösen Gebäudesanierungspflichten, die Privateigentum gefährden. Besonders fatal ist der Asyl-Wahnsinn. Schengen, die fehlende Sicherung der Außengrenzen, die EU-Grundrechtecharta, Asylregeln und EuGH-Urteile haben Österreich mit minderqualifizierten, schwer integrierbaren Asylwerbern überschwemmt. Selbst Betrüger und Straftäter lassen sich oft nicht abschieben. Die Politik der EU höhlt unsere Neutralität aus. Zudem ist die EU unchristlich geworden. Sie fördert mit Sozialfonds-Mitteln Abtreibungstourismus und die LGBTQ-Ideologie.

Die Nachteile der Mitgliedschaft überwiegen die Vorteile bei Weitem.

CHRISTIAN EBNER

Wirtschaftlich geht es immer mehr bergab. Überbordende Vorschriften, hohe Energiepreise, Verwaltungskosten und Verbote treiben Unternehmen aus der EU. Der **Euro** hat gegenüber dem Schweizer Franken ca. 40 % an Wert verloren und hat sich zum „Teuro“ entwickelt. Die EZB kauft vertragswidrig Staatsanleihen, Sanktionen gegen Russland und der CO2-Fetisch treiben Inflation und Energiepreise in die Höhe. Sparguthaben verlieren massiv an Kaufkraft. Die EU drängt Bargeld zurück. Der geplante digitale Euro würde die totale Überwachung der Bürger und deren Enteignung deutlich erleichtern.

Mit dem **Digital Services Act (DSA)** wird die Meinungsfreiheit zurückgedrängt. Die „Digitale Identität“ und ein Vermögensregister sollen eine umfassende Datensammlung ermöglichen. Österreich zahlte 2024 bereits 3,6 Milliarden Euro netto – rund 400 Euro pro Kopf. Das Budget wächst unaufhörlich.

Die EU ist nicht mehr reformierbar. Eine umfassende Vertragsänderung erfordert die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten – bei unterschiedlichen politischen Mehrheiten praktisch unmöglich. Das Alleinvorschlagsrecht der Kommission verhindert zudem echten Bürokratieabbau. Nach 30 Jahren, in denen die EU weit schlechter geworden ist als versprochen, müssen die Österreicher das Recht auf eine Volksabstimmung über den Austritt (**Öxit**) erhalten.

Was wir planen.

„Ein Erfolg bei der EU-Wahl würde den Weg zur Nationalratswahl ebnen.“ Die etablierten Parteien machen es neuen Bewegungen schwer. Unser Weg führt deshalb über die EU-Wahl 2029 in den Nationalrat. Sie können uns dabei helfen.

2029

1. ZIEL · EU-WAHL

Hier sind Unterstützungserklärungen leichter zu sammeln, die Wähler offener für Neue, und beim Thema EU heben wir uns am klarsten ab.



BEKANNTHEIT

Ein Erfolg bei der EU-Wahl steigert unsere Bekanntheit enorm und schafft die Grundlage für alle weiteren Schritte.

Dann

NATIONALRAT

Auf dieser Basis folgt der Antritt zur Nationalratswahl, mit guten Chancen auf den Einzug.

Später

LANDTAG

Ein Antritt bei Landtagswahlen kommt vorerst nur unter besonders günstigen Umständen in Frage.

Bitte unterstützen Sie uns. Abonnieren Sie unseren Newsletter unter christlich-freisinnige-union.at/newsletter-anmelden und erhalten Sie vor jeder Wahl alle Infos zur Unterstützungserklärung. Helfen Sie uns auch finanziell, denn Aktionen kosten Geld.



ZAHLUNGSDATEN HERAUSTRENNEN & MITNEHMEN — QR-CODE SCANNEN ODER IM ONLINE-BANKING EINGEBEN

Zahlungsdaten · Spende & Mitgliedsbeitrag

MIT DER BANKING-APP SCANNEN ODER ONLINE ÜBERWEISEN

EMPFÄNGER

Christlich Freisinnige Union (CFU)

IBAN

A T 8 6 1 4 2 0 0 2 0 0
1 4 1 1 5 4 8 0

BIC / BANK

BAWAATWW · BAWAG P.S.K.

VERWENDUNGSZWECK

Mitgliedsbeitrag / Spende

MEIN BEITRAG

- ☐ Mitgliedsbeitrag € 30 / Jahr
☐ Spende – Betrag frei wählbar



QR-CODE SCANNEN

Mit der Banking-App scannen – Empfänger, IBAN und Verwendungszweck werden automatisch übernommen. Den Betrag geben Sie selbst ein.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber & Verleger: Christlich Freisinnige Union (CFU), Wien. Kontakt, Offenlegung & Datenschutz: christlich-freisinnige-union.at/kontakt. Mitglied werden um € 30 / Jahr · kontakt-cfu@cfu.or.at.